

Die "Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Geselle". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung nachrichtlich das Kabine- und den Antragspreis in der Gestalt, wie er ihm eingebracht habe, genehmigt. Wenn der Antrag abgelehnt werden sollte, so müsste eine andere Abordnung Großbritanniens vertreten. Die Konferenz sei einberufen worden, um die Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas zu erwägen, das bis zu einem nie dagewesenen Umfang verarmt sei. Große Mühen seien im Auge. Die schon mit Steuern überbürdeten Völker hätten noch weitere Lasten zu tragen, um Gefahren, die man fürchtet, abzuwehren. Genua sei bestimmt gewesen, die beste Art der Wiederherstellung der Ordnung und der Hebung der Wohlstandes zu prüfen. Seit der Genua Konferenz hätten keinerlei neue Beschränkungen hinsichtlich der Aufgaben der Genuaer Verhandlungen Platz gegriffen. Eine Versammlung wie die in Genua wäre nicht geeignet, bestehende Verträge einer Revision zu unterziehen, auch dann nicht, wenn eine solche wünschenswert wäre.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Lloyd George über Genua

Nur Fragen der Wirtschaft  
London, 3. April.

Unterhaus, Lloyd George erklärte, der Vertrauensantrag sei fast derselbe, wie der vor der Washingtoner Konferenz eingebracht. Im Gegensatz zu Zeitungsberichten habe das Kabinett den Antrag in der Gestalt, wie er ihm eingebracht habe, genehmigt. Wenn der Antrag abgelehnt werden sollte, so müsste eine andere Abordnung Großbritanniens vertreten. Die Konferenz sei einberufen worden, um die Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas zu erwägen, das bis zu einem nie dagewesenen Umfang verarmt sei. Große Mühen seien im Auge. Die schon mit Steuern überbürdeten Völker hätten noch weitere Lasten zu tragen, um Gefahren, die man fürchtet, abzuwehren. Genua sei bestimmt gewesen, die beste Art der Wiederherstellung der Ordnung und der Hebung der Wohlstandes zu prüfen. Seit der Genua Konferenz hätten keinerlei neue Beschränkungen hinsichtlich der Aufgaben der Genuaer Verhandlungen Platz gegriffen. Eine Versammlung wie die in Genua wäre nicht geeignet, bestehende Verträge einer Revision zu unterziehen, auch dann nicht, wenn eine solche wünschenswert wäre.

Ungeachtet hätten die nach dem Versailler Vertrage vorgenommenen Grenzänderungen neue wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorgerufen. Lloyd George behauptet, die Reparationen hätten eine wirtschaftliche Desorganisation nicht verursacht. Die Schwierigkeit der Lage sei der Tatsache zuzuschreiben, daß Frankreich und Belgien zerschunden worden seien. Wenn der Versailler Vertrag geändert würde, so würde die Last von Deutschland auf Frankreich und Belgien verschoben werden. Lloyd George fuhr fort: Wenn wir auf Zahlungen beständen, die die Tragfähigkeit eines durch den Krieg erschöpften Landes überschreiten, so würden wir die Kräfte beschleunigen, die nicht auf Deutschland beschränkt sein würde. Aber zweitens ist zu erwägen, daß Deutschlands äußerste Zahlungsfähigkeit nicht nach seiner Fähigkeit in der Gegenwart zu beurteilen ist, wo es ebenso wie das übrige Europa um die Erholung von der Erschöpfung durch den Krieg kämpft. Auch sind diese Fragen nicht dazu angetan, in Genua entschieden zu werden. Frankreich kann auf das Recht einer Entschädigung entsprechend dem Versailler Vertrage nicht verzichten. Diese Fragen können dem Urteil einer Konferenz, auf der Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Rußland und die Neutralen vertreten sind, nicht unterbreitet werden.

Lloyd George fuhrte weiter aus, die wirtschaftliche Lage Europas sei besonders berührt worden 1. Durch die Frage der neuen Grenzen und 2. durch das Reparationsproblem. Die neue Ordnung der Grenzen bestehe hauptsächlich in der Rückkehr zum Elbe-Lothringens an Frankreich, die in wirtschaftlicher Beziehung eine große Veränderung bedeute.

## Die Kommunisten und ihre Geldgeber

Die "Politisch-Parlamentarischen Nachrichten" verbreiten aus einer "absolut zuverlässigen und unerschütterlichen Quelle" eine längere Darstellung, in der die finanziellen Beziehungen der kommunistischen Partei Deutschlands zur Moskauer Exekutive aufgedeckt werden. Einige Angaben aus dieser Darstellung sind besonders interessant. Danach hat die KPD im Jahre 1921 monatlich fünf Millionen Mark aus Moskau als Beihilfe bekommen. Davon sind monatlich 400 000 Mark zur Deckung des Defizits der "Roten Fahne" aufgewandt worden. In der letzten Zeit sind diese Unterstützungsgelder etwas herabgesetzt worden, auch der Zuschuß der "Roten Fahne" hat sich auf 300 000 Mark monatlich verringert.

Die angeführten Summen sind aber nur ein Teil der Riesenbeträge, die die Moskauer Sowjetgewaltigen dem hungernden russischen Volke entziehen, um sie ihren Stipendiaten im Auslande zuzuführen. So unterhält die Moskauer Exekutive in Berlin das Westeuropäische Sekretariat, dem die beiden kommunistischen Verlage Franke in Leipzig und Houn in Hamburg unterstellt sind. Auch dieses Sekretariat gibt ungeheure Summen aus. So hat zum Beispiel der Franke'sche Verlag allein im Jahre 1921 einen Zuschuß von etwa 30 Millionen Mark erfordern. Diese großen Zuschüsse ermöglichen die aufgedeckte Reklame für die kommunistische Manufaktur und ihre unvergleichlich niedrigen Preise.

Nach unserer Kenntnis der Dinge entsprechen die Angaben der KPD vollkommen den Tatsachen. Zur Illustration der finanziellen Korruption in der KPD. können wir noch auf folgenden charakteristischen Vorgang hinweisen: Auf dem letzten Jenaer Parteitag der KPD weigerten sich die Parteirevisoren,

Dann sei Polen wiederhergestellt worden und endlich seien die slavischen Bevölkerungen des vormaligen Oesterreich-Ungarn als unabhängig anerkannt worden. Lloyd George sagte, er nehme nicht an, daß irgend ein Mitglied des Hauses wünsche, daß Elbe-Lothringen an Deutschland zurückgegeben werde, oder daß Polen wieder in Stücke gerissen werde, oder daß der Tschechoslowakei oder Jugoslawien ihre Unabhängigkeit genommen werde. Unbestreitbar hätten die Grenzveränderungen neue wirtschaftliche Komplikationen geschaffen. Die neu entstandenen Bevölkerungen hätten naturgemäß das Recht, Freiheit in fiskalischer und wirtschaftlicher Beziehung zu genießen.

Sowelt man aus dem noch unvollständigen Bericht über die Rede von Lloyd George ersieht, hat der englische Premier dem Standpunkt Poincarés weitgehende Zugeständnisse gemacht. Er versicherte, daß die Konferenz von Genua sich nur mit Fragen der Wirtschaft und des Wiederaufbaus beschäftigen und daß Deutschland kein Recht erhalten solle, Fragen der Reparation aufzuwerfen, wie überhaupt die Friedensverträge dort nicht behandelt werden dürften. Die Anschauung, daß die Reparationen nicht an der Desorganisation des europäischen Wirtschaftslebens schuld seien, steht im Widerspruch mit den Ansichten führender Wirtschaftspolitiker Englands, die in letzter Zeit immer größeren Einfluß auf die englische Politik genommen hatten. Auch die Versicherung Lloyd Georges, daß lediglich die Grenzverschiebungen die Ursache des wirtschaftlichen Elends seien, dürfte in England lebhaften Widerspruch erregen. Ehe man aber ein abschließendes Urteil über die Rede Lloyd Georges fällen kann, wird man abwarten müssen, bis ihr genauer Wortlaut vorliegt.

## Um Amerikas Kredithilfe Erst Abrüstung!

London, 3. April.  
"Westminster Gazette" meldet aus Washington: Nach der Rückkehr von einer dreimonatigen Reise aus Europa, die Senator Owen zur Prüfung des Planes unternommen hat, eine oder mehrere Zweigstellen der American Federal Reserve Bank auf dem Kontinent zu errichten, um Kredite zur Wiederherstellung der mittelenropäischen Industrie und des mittelenropäischen Handels zu gewähren, erklärte der Senator, der gegenwärtige Augenblick sei nicht geeignet, um diese Versuche zu beginnen. Amerika könne keine Unterstützung leisten, solange die mittelenropäischen Staaten nicht den übermäßigen Druck von Papiergeld einstellten, ihre Rüstungen herabsetzten und ihre Budgets ins Gleichgewicht brächten. Wenn diese Zeit gekommen sei, dann erst könne Amerika Europa helfen, vorher aber nicht.

der Zentrale und dem Kassierer Entlastung zu erteilen, weil ihnen keinerlei Unterlagen über die Kasseneingänge und deren Herkunft vorlagen. Sie waren nicht in der Lage, die Summen festzustellen, die die Zentrale von den Russen erhalten hatte. Man versagte ihnen unter allerhand Ausflüchten die Auskunft und versteckte sich hauptsächlich hinter der "Ingalität". Erst nach Eingreifen der damals aus Moskau zurückgekehrten Clara Zetkin ließen sich die Revisoren breitschlagen, die Angelegenheit nicht dem Parteitag zu unterbreiten.

Sollte die "Rote Fahne" es wagen, die Richtigkeit dieser Angaben zu bestritten, so sind wir gern bereit, mit weiteren Einzelheiten zu dienen.

## Sieg der englischen Arbeiterpartei

(D.L.) London, 3. April.  
Die Regierungskoalition hat bei der Erziehung im Wahlkreis East Leicester eine neue Niederlage erlitten und einen weiteren Sieg verloren. Es regte hier der Kandidat der Arbeiterpartei Banton mit 14 062 Stimmen über seine beiden Gegenkandidaten, von denen der Koalitionliberale 8710, der Unabhängige Liberale 3825 Stimmen erhielt. Der Arbeiterkandidat hat also einen Vorsprung von 5352 Stimmen Mehrheit gegenüber der Koalition erzielt, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als bei den letzten Wahlen in diesem Wahlkreis Sir Gordon Hewart als Koalitionliberaler mit einer Mehrheit von 11 527 Stimmen den Sieg davon getragen hatte.

Das blühende Sektengewerbe. Je elender es Deutschland geht, um so mehr schneien die Geschäfte der deutschen Sektfabrikanten zu florieren. Nach den Ermittlungen des statistischen Reichsrats wurden 1921 in Deutschland 15,7 Millionen Flaschen Schaumwein erzeugt, das heißt 2,8 Millionen mehr als im letzten Vorkriegsjahr 1913. Die Steigerung des Sektverbrauchs beträgt 22 Prozent.

## Das Anti-Streikgesetz

Von Tony Sender, Frankfurt a. M.

Als im Januar 1920 die Nationalversammlung dem Drängen der revolutionären Massenbewegung nachgebend das Betriebsrätegesetz erließ, erklärte der damalige rechtssozialistische Arbeitsminister Schlichte den ihn interpellierenden bürgerlichen Abgeordneten, daß er ihnen den versprochenen Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung — d. h. eines Antistreikgesetzes — ehestens vorlegen werde. Von dieser Zusage hatten die Bürgerlichen ihre Zustimmung zum Betriebsrätegesetz abhängig gemacht und dadurch selbst das Wesen dieser "Schlichtungsordnung" charakterisiert: Als eines Gegengewichts gegen die den Arbeitnehmern halbe Rechte gewährenden Rätegesetzgebung!

Schlichte hatte sein Wort gehalten, und alsbald kam aus seinem Ministerium der erste Entwurf des Antistreikgesetzes heraus. Aber ihm wurde von den Arbeitnehmerorganisationen der gebührende Empfang bereitet — einmütiger Protest aller denkenden Arbeiter und Angehörigen gegen ihr unentbehrliches Recht in der kapitalistischen Gesellschaft — das Streikrecht — hat die Gesetzgebung jenes Gesetzesvorschlages bis heute verzögert. Aber nunmehr, nachdem Sozialisten und ehemalige Gewerkschaftsführer in unserer glorreichen Koalitionsregierung der bürgerlichen Deutsche so weit entgegen kamen, den Beamten bereits das Streikrecht kurzerhand zu verlagern, hält der jetzige Reichsarbeitsminister die Stunde für gekommen, das Versprechen seines rechtssozialistischen Vorgängers endlich einzulösen.

Nachdem der Entwurf seine Wanderung durch vorläufigen Reichswirtschaftsrat und Reichsrat durchgemacht hat, wird er in einer ihm vom Reichsarbeitsministerium gegebenen definitiven Form dem Reichstag zur Beschlussfassung vorgelegt und zu seiner Begründung u. a. ausgeführt:

"Die dauernde Gefährdung unseres Wirtschaftslebens durch Arbeitskämpfe und die hieraus drohenden schweren Gefahren für die Gesundheit des Volkes zwingen dazu, die Benutzung der vorhandenen Einigungsstellen nicht mehr dem freien Willen der Beteiligten zu überlassen, sondern die schon bisher bestehende moralische Pflicht zur Einleitung und Durchführung des Schlichtungsverfahrens vor Anwendung von Kampfmaßnahmen zu einer gesetzlichen zu machen."

Was also bisher ein freies selbstgegebenes Recht den Arbeitnehmerorganisationen war, soll zu einem gesetzlichen Zwang umgebogen, der Reglementierung eines bürokratisch verzweigten Apparates unterworfen werden. In 126 Gesetzesparagrafen präsentiert sich uns dies neue bürokratische Bauwerk, das Aufbau und Befugnisse der drei Stufen Schlichtungsämter, Landesschlichtungsämter, Reichsschlichtungsämter regelt. Zugegeben, daß sich die dem Reichstag vorgelegte Vorlage der Regierung durch die Einbeziehung der Lehrlinge und Hausgehilfen, die von der Mehrheit des Reichswirtschaftsrates abgelehnt worden war, durch Gleichstellung dieser schwächeren Schichten mit der übrigen Arbeiterschaft auf einen grundsätzlich richtigen Boden gestellt hat. Nur das die "Gleichberechtigung" in diesem Falle auf eine Gleichstellung in der Entrechnung hinauskommt. Eine Entrechnung, die in dem Kernstück des Gesetzes, dem berühmten § 55, ihren Niederschlag findet durch nachstehenden Wortlaut:

"Kommt bei einer Gesamtschlichtung keine Einigung zustande, so ist vor Aussperrungen, Arbeitsentlassungen und anderen Kampfmaßnahmen die zuständige Schlichtungsstelle oder Schlichtungsbehörde anzurufen. Kampfmaßnahmen dürfen nicht stattfinden, bevor die zuständige Schlichtungsstelle oder Schlichtungsbehörde einen Schlichtepruch in der Sache selbst gefällt hat."

Der Beginn einer Aussperrung oder einer Arbeitsentlassung setzt weiter voraus, daß die in geheimer Abstimmung mit einer von zwei Dritteln der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer der durch die beschlossene Aussperrung oder Arbeitsentlassung betroffenen Betriebe oder Verwaltungen oder, falls die Satzungen der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen übereinstimmend eine größere Mehrheit vorschreiben, mit dieser Mehrheit beschlossen worden ist, und daß mindestens drei Tage nach Aufhebung des Schlichtespruches verstrichen sind. Der Gewerbeaufsichtsbeamte, in dessen Bezirk die Abstimmung stattfindet, ist berechtigt, bei der Abstimmung und der Feststellung ihres Ergebnisses zuzugehen und die Ordnungsmäßigkeit zu prüfen. Ort und Zeit der Abstimmung sind von ihren Verantwortlichen den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten rechtzeitig vorher anzugeben.

Die oberste Landesbehörde kann bestimmen, daß bei Gesamtschlichtungen in der Land- und Forstwirtschaft an Stelle des Gewerbeaufsichtsbeamten oder neben diesen die untere Verwaltungsbehörde tritt."

Diese neue Formulierung des neuen Strangulierungsparagraphen stellt noch eine bedeutende Verschlechterung der früheren Fassung dar. War in der alten Fassung und Unterschied gemacht zwischen gemeinnützigen und anderen Betrieben, und nur für die ersteren neben dem Kuratungszwang eine Wartepflicht nach gefälligem Schiedsspruch vorgeschrieben, so ist nunmehr eine unterschiedliche Behandlung der gemeinnützigen Betriebe aufgegeben — aber wieder nur, um eine Gleichheit in der Entrechtung vorzunehmen. Eine dreitägige Wartefrist wird nunmehr für alle Arbeitskämpfe nach gefälligem Schiedsspruch vorgeschrieben, um so behördlichen und privaten Arbeitgebern genügend Zeit zu lassen, in der Technischen Nothilfe — an deren Ausbau gegenwärtig mit großem Eifer gearbeitet wird — ihre Streikbrechergarde in aller Ruhe mobil machen zu können. Wie Ignatius mutet die Bestimmung an, daß auch bei Aussparungen die Abstimmung des Unternehmers mit zwei Drittel Mehrheit und unter Überwachung durch den Gewerbeaufsichtsbeamten erfolgt sein muß! Wie soll diese zwei Drittel Mehrheit des Arbeitgebers herbeigeführt und wie die „Überwachung“ seiner Abstimmung vorgenommen werden?

Sowie auch gegen andere Bestimmungen des Gesetzeswurfes, wie z. B. die indirekte Wahl der Arbeitnehmer, die Vorschriften über den unparteilichen Vorgehenden, die Verbindlichkeitsklärung usw. einzuwenden ist, der Sinn des ganzen Gesetzes liegt in diesen 55 und gegen ihn müssen alle Kräfte konzentriert und aufgeboten werden. Durch ihn wird der Hauptinhalt des geschlechtlich gewährten Koalitionsrechtes — das Streikrecht — illusorisch gemacht. Wenn schon die deutsche Verfassung die Organisationen der Arbeitnehmer ausdrücklich anerkennt, so liegt auch darin eine Anerkennung derjenigen Satzungsbestimmungen der Verbände, die einen vollkommen ausreichenden Schutz gegen wilde Streiks darstellen. Glaubte man darüber hinaus durch Gewaltmaßnahmen notwendige Bewegungen unterdrücken oder hintanhaltend zu können, so wird die Praxis bald erweisen, daß die nach aufwärts strebenden sozialen Kräfte mit um so elementarerer Gewalt die Fesseln sprengen werden.

Ginge es nach dem Willen des Entwurfes, dann würde jede geschickte Ausnutzung der Situation einer Konjunktur unmöglich, der Solidaritätsstreik stiele ohne weiteres unter das Strafrecht und der Streik an sich zu einer strafbaren Handlung gestempelt. Denn ausdrücklich erklärt der Kommentar des Reichsarbeitsministers, daß man in der Vorlage wohl von der Aufnahme von Strafbestimmungen Abstand nahm, aber mit dem bündigen Zusatz „eine schuldhaft Verletzung zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet“, und zwar nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Zu der Strangulierung des Streikrechtes noch die Bedrohung der Gewerkschaften mit finanziellem Ruin. Wie aber erst denkt man sich dann die Rechtslage bei Generalstreiks, die allgemeine Geschehnisse halb wirtschaftlicher, halb politischer Natur zur Ursache haben? Oder aber bei einem Generalstreik auf Grund Aufforderung der Regierung wie etwa beim Rapp-Putsch. Darf dann die Ehre, für die Koalitionsregierung streiken zu dürfen, noch mit Zuchtband nachträglich abgekürzt werden?

Hier handelt es sich nicht mehr lediglich um eine Angelegenheit des Parlaments, die Grundrechte der Proletarier stehen auf dem Spiel. Darum muß es unsere Aufgabe sein, nicht erst die Dinge in Gleichgültigkeit herankommen zu lassen, sondern heute bereits alle Kräfte zu mobilisieren zur energischsten Abwehr eines Raubs erworbener Rechte. Die gesamten Klassenbewußten Arbeiter und Angehörigen sagen den schärfsten Kampf an dieser drohenden Entrechtung, den Parteien und der Regierung, die ihnen die unentbehrlichste Waffe entreißen wollen!

## Deutschland und Rußland

Amtlich wird mitgeteilt:

In Uebereinstimmung mit einem Beschlusse des Reichskabinetts hat der Minister des Inneren Dr. Rathenau der hiesigen Sowjetvertretung das russische Volkshausgebäude unter den Linden wieder zur Verfügung gestellt. Die Modalitäten der Uebergabe, insbesondere die Wiederherstellung unserer Volkshaus in Petersburg, sowie die Unterbringung unserer Vertretung in Moskau werden zwischen der hiesigen Sowjetvertretung und dem Auswärtigen Amt abgeklärt werden.

Die nationalstiftische Presse begleitete diese Meldung mit mehr oder minder wüsten Kommentaren. Einer dieser Kommentare sei hier betrachtet; nicht, weil ihm eine besondere politische Bedeutung beizumessen wäre, als vielmehr, weil er typisch für die Geistesverfassung der „nationalen“ Kreise ist. Die „Deutsche Zeitung“ regt sich über diese Meldung und zugleich über die Mitteilung auf, daß der Reichskanzler die Führer der Sowjet-Berliner-Delegation empfangen und Dr. Rathenau sie bewirte hat. Das Blatt schreibt dazu:

„Die jedem Russen in tiefstem Verdensgrunde verhasste jüdische Räte-Regierung in Moskau, deren jammervolles Ende selbst nächster und vorläufiger Politiker noch in diesem Jahre erwarten, erhält das Berliner Volkshausgebäude, ihre Ordnung wird mit allen denkbaren Ehrungen empfangen, gefeiert und bewirtet und die Verzhäderung ist in vollem Gange. Die hilflos geliebte Entrechtung und Vergewaltigung Deutschlands im Räte-Staat, der in die Milliarden gehende Raub am deutschen Eigentum, die Qualen und Martern deutscher Soldaten, Tausende von ungesühnten Morden — alles ist vergeben und vergessen: der Außenminister Deutschlands, Dr. Rathenau, tafelt in Berlin mit den Vertretern des grausamen Verbrecherstaates! Nicht einmal der Schatten des ermordeten Grafen Mirbach hindert die Feinde.“

So untergraben die angeblich von „Sorge um das Wohl des Vaterlandes“ erfüllten Nationalisten jede vernünftige Außenpolitik der Republik. Es hat schwere Kämpfe gerade auch unserer Partei gekostet, endlich die Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Sowjetrußland zu erreichen. Da kommen ausgerechnet die Nationalisten, die über jede fremde Intervention in Deutschland mit dem wütesten Geschrei abzuwehren, und fordern gegenüber Rußland eine Außen-

politik, die die schärfste Einmischung in die innere Politik dieses Landes bedeuten würde! Wir sind gewiß mit vielen politischen Handlungen, ja, mit dem ganzen System der Sowjetregierung nicht einverstanden; wir sind aber grundsätzlich Anhänger des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Dessen Achtung können wir auch von der Entente uns gegenüber nur dann erwarten, wenn wir selbst das Selbstbestimmungsrecht in inneren Angelegenheiten bei anderen Ländern, in diesem Falle Sowjetrußland, achten. Deshalb sind wir mit der Durchführung normaler Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland vollkommen einverstanden.

## Vorbereitungen für Genua

Berlin, 3. April.

Im Auswärtigen Amt fand heute unter dem Vorsitz des Ministers des Inneren, Dr. Rathenau, und unter Beteiligung der ausländischen Ressorts die erste Besprechung mit den für die Konferenz in Genua von der Reichsregierung berufenen Sachverständigen statt. Der Minister gab eine Übersicht über die Vorgeschichte der Genuaer Konferenz und skizzierte die Gegenstände, die voraussichtlich dort zur Erörterung kommen würden. Auf Vorschlag des Ministers werden drei Unterkommissionen der Sachverständigen gebildet werden, die sich mit den wirtschaftlichen, finanziellen und Verkehrsfragen befassen und alsbald ihre Beratungen im Auswärtigen Amt und im Verkehrsministerium beginnen werden.

## Das Schicksal der Konferenz

Vor dem Abbruch der Verhandlungen?

Die Wiener Verhandlungen der Internationalen Sozialistischen Konferenz sind auch gestern nachmittag noch nicht wieder aufgenommen worden. Der ganze gestrige Tag war mit Beratungen innerhalb der Geheulden ausgefüllt. Die nächste Plenarsitzung wird heute vormittag stattfinden; jedoch beurteilt man ihren Verlauf wie das ganze Schicksal der Konferenz sehr pessimistisch.

## Nach dem Rezept Lenins

Die „Rote Fahne“ schreibt anlässlich der Verhandlungen auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz über die Haltung der Wiener Arbeitsgemeinschaft:

„In der Rede von Adler war sie antikommunistisch. In der Deklaration war sie gegenrevolutionär.“

Man sollte meinen, daß das kommunistische Organ angefaßt einer so ungeheuerlichen Behauptung sich verpflichtet gefühlt hätte, seinen Lesern den Wortlaut dieser „gegenrevolutionären“ Deklaration zur Kenntnis zu bringen. Weit gefehlt! In seinem Sitzungsbericht bringt das Blatt in einigen Sätzen lediglich eine kurze Zusammenfassung der Deklaration, wobei sorgfältig der ganze Schluss der Erklärung ausgespart ist, in dem Kritik geübt wird an den Verfolgungsmethoden von Regierungen, an denen auch rechtsozialistische Parteien vertreten sind, und in dem verlangt wird, daß die volle Freiheit der Meinungsäußerung für die kommunistischen wie für alle Arbeiterparteien wiederhergestellt und die noch immer in den Kerker schmachthenden Opfer der revolutionären Kämpfer befreit werden.

Diese schamlose Entstellung der Deklaration der Internationalen Arbeitsgemeinschaft ist keineswegs eine Zufallserscheinung. Sie ist nur eine der zahlreichen Fälle, in denen die Parole Lenins über die Notwendigkeit der „List, Schläue und Verschweigung der Wahrheit“ zur Anwendung gelangen. Während Radek in seiner Rede auf der Konferenz die „List und Schläue“ zur Anwendung zu bringen suchte, läßt sich die „Rote Fahne“ in der Verschweigung der Wahrheit. So sieht die Arbeit der Kommunisten für die „proletarische Einheitsfront“ aus!

Der „Vorwärts“ schreibt zu den Vorgängen auf der Internationalen Konferenz:

„Es ist bedauerlich, daß die Veranstalter dieser Konferenz den Boden, auf dem sie ihr Unternehmen aufbauten, nicht sorgfältiger sondierten. Sie hätten dann von dem ganzen Unternehmen Abstand genommen, wenn es ihnen nicht im voraus gelungen wäre, eine Begrenzung der Diskussion auf ein gefahrloses Terrain zu sichern. Wenn man die Vertreter so entgegennehmender Auffassungen ohne jede Vorbereitung an einem Tisch zusammenbrachte, war die Explosion unvermeidlich und von jedermann vorauszusehen.“

Der Vorwurf, der hier gegen die Veranstalter der Konferenz erhoben wird, ist vollkommen unberechtigt. Das Büro der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien hatte bei der Einberufung der Konferenz die Vorbereitungen tatsächlich erfüllt, „eine Begrenzung der Diskussion auf ein gefahrloses Terrain zu sichern“. Es ist nicht seine Schuld, daß sowohl von rechts wie von links Dinge in die Diskussion hineingeworfen wurden, die den Boden der Konferenz erschütterten und ihre Weiterungung ernstlich in Frage stellten.

## Begen das Bemelman-Abkommen

Die vier Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften haben an den Reichskanzler und an das Wiederaufbauministerium einen gemeinsamen Protest gerichtet. In dem Protest heißt es, daß die deutschen Arbeiter zwar die Sachleistungen für die wirkungsvollste Form des Wiederaufbaues halten, daß aber der in dem Bemelman-Abkommen vorgesehene unkontrollierte freie Verkehr nicht nur die gewerkschaftlichen Forderungen auf Sicherung der tarifvertraglichen vereinbarten Arbeitsbedingungen unmöglich macht, sondern es wird auch vor allem ein Gewinner- und Schieberum überlicher Art großzügig, das nicht nur die deutschen Reichsfinanzen auslaugt, und mühseligen Millionen um Millionen in die Tasche steckt, sondern auch den von den deutschen Arbeitern gewollten Zweck, Aufbau der verwüsteten Gebiete und Gutmachung der Kriegsschäden, ernstlich gefährdet. Zum Schluss heißt es:

„Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften erheben daher gegen die Vereinbarung der

Reparationskommission und der französischen Regierung mit der deutschen Regierung den schärfsten Protest und verlangen nach wie vor ein Abkommen zwischen den Völkern, das verhindert, daß die Wiederaufbauarbeiten durch den freien unkontrollierten Verkehr den internationalen Reparationsgewinnern ausgeliefert und dadurch nur zu einem Bruchteil den wirklich Geschädigten zugeführt werden.“

## Die Haaresbreite

Zita als ungarische Regentin?

In Funchal auf Madeira ist ein Privatmann gestorben, der früher als österreichisch-ungarischer Kaiser und König eine gewisse Rolle gespielt hat. Diese frühere Rolle des Herrn Karl Habsburg veranlaßt die Presse, in der üblichen byzantinischen Schmodmanier jede Einzelheit aus den letzten Stunden vor dem Ableben“ zu schildern. Zugleich aber dient der Tod den ungarischen Monarchisten, wie seinerzeit der Tod der Frau von Hohenzollern den deutschen Monarchisten, zum Anlaß eines neuen Königsrummels. Allerdings wird offiziös — durch Wolffs Telegraphenbüro — gemeldet, daß sich der Standpunkt der ungarischen Regierung nicht um Haaresbreite verändert habe. Wer aber die Vorgänge der letzten Jahre in Ungarn verfolgt hat, kennt die enge Beziehung zwischen Horthy und den Monarchisten. Deshalb wird man, vielmehr als dem allzu vor-eiligen Dementi, der nachfolgenden Meldung aus Budapest Glauben schenken dürfen:

„Western fand im Palais des Grafen Andrássy eine Beratung der führenden Legitimisten statt, in der einmütig festgestellt wurde, daß Königin Zita II. der ungarische König ist, dessen Krönung durch höhere Gewalt verhindert werde, und daß als Regent nach ungarischer Tradition die Königin angetrieben werden muß. Es wurde der Wunsch ausgedrückt, Karl in Ungarn zu begraben und Zita sowie ihre Kinder nach Ungarn zu bringen.“

Allerdings scheint die Regierung dagegen offiziell vorgehen zu wollen, denn nach einer weiteren Meldung aus Budapest hat die Staatsanwaltschaft die Proklamation der Legitimisten beschlagnahmt und gegen ihre Verfasser ein Verfahren eingeleitet.

## Baltisch-russische Konferenz

Riga, 1. April.

Die baltisch-russische Konferenz, an der Vertreter Rußlands, Lettlands, Estlands und Polens teilgenommen haben, hat zu praktischen Ergebnissen auf verschiedenen Gebieten geführt. Die Vertreter der baltischen Staaten begrüßen die Tatsache, daß eine erste Besprechung mit Sowjetdelegierten nicht ohne Erfolg zu Ende gegangen ist, recht optimistisch. Im einzelnen ist über die Konferenz zu melden: Es haben insgesamt drei Sitzungen stattgefunden, in denen beraten wurde über die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens in Osteuropa, die Anknüpfung von Handelsbeziehungen, Sicherstellung des Friedens und über die rechtliche Anerkennung Sowjetrußlands durch die baltischen Staaten. Von besonderem Interesse sind besonders die zwei letzten Fragen. Zur Sicherstellung des Friedens in Osteuropa wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die besagt, daß alle zwischen den beteiligten Staaten kritischen Fragen künftig auf friedlichem Weg gelöst werden sollen; zu diesem Zweck werden diese Staaten das Prinzip der Rüstungsbeschränkungen unterstützen. Sie werden weiter dafür sorgen, daß in den Grenzgebieten, in denen eine neutrale Zone errichtet werden sollte, nur reguläre Truppen stehen und daß eine Konzentration irregulärer bewaffneter Kräfte verhindert wird. In diesem Sinn wollen die Delegierten Rußlands und des Baltikums gemeinsam auf der Konferenz von Genua wirken, wie überhaupt festgestellt wurde, daß die gemeinsamen Interessen die Delegierten dieser Staaten zu gemeinsamer Tätigkeit in Genua veranlassen.

## Erklärung

Die Rathenaufraktion zu der Stadtratsfrage.

Die Stadtverordnetenfraktion hat sich unter Hinzuziehung von Mitgliedern des Magistrats und der Geschäftsleitung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg in ausgiebiger und nur von sachlichen Gesichtspunkten geleiteter Debatte mit den Vorgängen beschäftigt, die mit dem Ausscheiden der Stadträte Brühl und Schöning in Verbindung stehen. Das Vorgehen dieser beiden Stadträte hat von seiner Seite Billigung gefunden, besonders als sich herausgestellt hat, daß diese beiden Stadträte nicht in momentaner Erregung gehandelt, sondern ihren Schritt wohl vorbereitet haben. Die Fraktion hat die Ueberzeugung gewonnen, daß diese beiden Stadträte nur nach einem Vorwand gesucht haben, um aus der Partei auszuschleichen.

Die Fraktion stellt ferner fest, daß Genosse Dr. Weyl seine Rede im Auftrage der Fraktion gehalten, und daß sich diese Rede in ihren Grundlinien durchaus im Sinne der Beschlüsse der Fraktion bewegt hat. Die Fraktion verkennt nicht, daß zum Ausgleich der ständig wachsenden städtischen Ausgaben neue Einnahmen für die Kommune zu erschließen sind. In erster Linie trifft diese Verpflichtung jedoch das Reich, und den Staat, die durch ihre Politik und dadurch, daß sie den Gemeinden die wesentlichsten Einnahmequellen entzogen haben, die Kollage der Gemeinden wesentlich verschuldet haben. Die Fraktion vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß grundsätzlich die städtischen Werke sich selbst zu erhalten haben. Hierbei sind jedoch Ausgaben nicht zu berücksichtigen, die sich als Folgen des Raubbaues darstellten, der während des Krieges an den städtischen Werken getrieben ist. Die hierdurch hervorgerufenen einmaligen Ausgaben können unmöglich im Wege von Preisserhöhungen der unermittelten Bevölkerung aufzulegen werden.

Die Stadtverordnetenfraktion der NSD. Groß-Berlin.

Obenstehende Erklärung wurde nach eingehender Aussprache von der dazu versammelten Körperschaft einstimmig angenommen.

Zu dem zweiten Teile der Erklärung, in dem die Fraktion die sachliche Stellung zu der Deckungsfrage darlegt, wäre von unserem Standpunkte manches zu bemerken. Wir verzichten aber in diesem Augenblick zu einer ausführlichen Darlegung unserer Ansicht, ohne indes damit einen endgültigen Verzicht in dieser Beziehung auszusprechen.

# Deutscher Reichstag.

Montag, den 2. April.

Vizepräsident Bell eröffnet die Sitzung 3 Uhr 15 Min. Der Gesetzentwurf über die Änderung von Geldbeiträgen in der Unfallversicherung wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Bei der dritten Beratung des Entwurfs, der die Verfassung der Vorbereitungszeit zum Richteramt für Referendare, die am Krieg teilgenommen haben, um sechs Monate zum Ziel hat, weist Abg. Rosenfeld (U.S.P.) darauf hin, daß die überalterten Referendare, die am Kriege teilgenommen haben, Anspruch auf das Wohlwollen des Gesetzgebers haben. Je länger die Vorbereitungszeit dauert, desto mehr sind die Referendare gezwungen, sich bezahlte Nebenbeschäftigung zu suchen. Darunter leidet die intensive Ausbildung. Die Referendare wünschen auch, daß man bei den Prüfungen über den Formelkram hinweggeht und die Prüfung auf die Fähigkeiten erstreckt.

Der Antrag Rosenfeld wird abgelehnt und der Gesetzentwurf in der neuen Fassung angenommen.

## Haushalt des Inneren.

Reichsinnenminister Köster: Ich würde mich freuen, wenn das Verhältnis zwischen Polizei- und Kulturansgaben ein umgekehrtes wäre. Aber die Aufrechterhaltung der Ordnung fordert die großen Polizeiausgaben. Das Reich ist gezwungen, bei allen Haushaltsausgaben größte Sparsamkeit zu üben (Zuruf: Nur nicht bei der Reichswehr!) Die Stellung des Reichsinnenministeriums des Innern ist eine viel schwächere geworden, als sie es durch ihre enge Personalunion zwischen dem Reich und Preußen im alten Deutschland war. Es ist notwendig, mehr als bisher den körperlichen Wiederaufbau des deutschen Volkes zu fördern. Wir haben nicht nur durch die Blockade über eine Million Menschen verloren, sondern die Krankheiten, die durch den Krieg aufgetreten sind, haben den Volkskörper zerrüttet, wie nie zuvor. Ich bin fest überzeugt, daß wir zu einem gut funktionierenden

## Reichsgesundheitsministerium

kommen müssen. Ich werde dem Reichstag eine Denkschrift darüber vorlegen. Dann mache ich darauf aufmerksam, daß dem deutschen Volke große Seuchen Gefahren aus dem Osten drohen. Das deutsche Volk wird weder geistig und moralisch noch politisch genesen, ehe es nicht körperlich genesen ist. Mit der körperlichen Erfrischung wird auch erst eine saubere Seele einziehen. Mehr als vorher muß dem Selbstschutz und der Selbstverwaltung Spielraum zuerkannt werden. Ich freue mich, daß im Ausschuss eine Summe zur Pflege der deutschen Wissenschaften angefordert und bewilligt worden ist. Zur Sorge um die Geistesbildung gehört aber auch die Sorge um den Geistesarbeiter. Es entsteht die Frage, ob nicht den deutschen Journalisten, die in immer größerer Abhängigkeit vom Kapital geraten, geistesberühmte zu helfen ist. Wollen Sie, meine Herren von der Rechten, sich einmal vergewissern, wie es in Deutschland aussieht, wenn die Revolution nicht gekommen wäre? Nach dem Erlaß des ehemaligen Kaisers vom September 1918 und dem der kaiserlichen Regierung vom 4. November 1918 hätten wir heute auch ein parlamentarisches Deutschland. (Zuruf: Rabi! Wasu dann die Revolution?) Ja, wasu! Ich habe sie nicht gemacht. Aber wir hätten auch ohne die Revolution einen anderen Staatsbedarf. Dieser wird erschüttert und bedroht durch die großen wirtschaftlichen Drangsalierungen, die auf dem Wege sind, in Deutschland eine viel größere Nacht zu erringen, als es in dem alten Deutschland möglich war. Ich meine nicht nur die Unternehmerorganisationen, sondern auch die Gewerkschaften. (Hört! hört!) Wir werden den neuen Staatsbedarf gegen die Veruche, ihn zu pulverisieren, verteidigen. Sowohl gegen Anarische von rechts als von links. Der Beamtenkörper ist heute ein Organ der Selbstverwaltung des Volkes. Die Regierung wird demgemäß verlangen, daß der Beamte fest, nicht nur „auf dem Boden der Tatsachen“ steht, sondern fest in diesem Boden wurzelt. Mag es im Anfang an Schwierigkeiten gekommen sein, auf die Dauer löst sich ein Volk wie das deutsche nur das gefallen, was sachlich, wirtschaftlich und politisch gerechtfertigt ist. (Sehr richtig! rechts.) Mein Ministerium ist besonders stolz darauf, für die besetzten Gebiete des Westens zu sorgen. Führen Sie von der Rechten Kampf gegen den neuen Staat, gegen seine neue Form, aber denken Sie nicht nur an das Ausland, sondern auch daran, daß jeder Streit im Innern auch die Stimmung des besetzten Gebietes stark beeinflusst. Innerpolitisch handelt es sich für uns darum, eine neue Staatsbewußtsein wachsen zu lassen. Dieses neue Staatsbewußtsein wird demokratisch sein oder es wird nicht sein. (Lachen rechts.) Wollen wir den neuen staatsrechtlichen Begriff mit demokratischem Bewußtsein, dann werden wir sein nach außen eine Nation und nach innen ein Volk. (Bravo! bei den Regierungspartien.)

Abg. Schreiber (Str.): Wir hätten gewünscht, daß es möglich gewesen wäre, die Mittel für die Tuberkulose-Bekämpfung zu erhöhen. Auch die Augenheilkunde muß ernst und energisch in Hand genommen und der Not der besetzten Gebiete ebenfalls ernst entgegengetreten werden. Aber wenn der Staat seinen Lebenswillen behaupten soll, dann muß er auch bereit sein, auf dem Wege der Gesetzgebung allem entgegenzutreten, das den Staat bedroht. Wir können auf ein Gesetz zum Schutze der Republik nicht verzichten.

Abg. Rumm (Dn.): Der Reichsminister sprach von den Erläufen vom September und November 1918. Hätten nur jene Erläufe den Erfolg gehabt, unser Volk zu einem zur letzten schweren Verteidigung, dann hätte das Verbieten der Revolution nicht verübt werden können. Wir sehen in dem Staat den lebendigen Volkskörper, in dem alle Glieder und Kräfte an tätiger Mitarbeit kommen sollen. (Lachen links.) Wir unsererseits werden dafür sorgen, daß die Beamten im Reichsministerium des Innern die volle Freiheit ihrer Gesinnung, auch ihrer monarchistischen Gesinnung, haben.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Mantelgesetz, Etatberatung. Schluß 8 Uhr.

## Die Bildung der U. S. P. Polens

Was Rattowit wird uns geschrieben:

Im November vorigen Jahres fand eine kleine Konferenz der Unabhängigen Sozialdemokraten Polens in Krakau statt. Ueberall wurde in den Reihen der P. P. S. und Kommunisten der Wunsch laut, es solle doch eine wirkliche sozialistische Partei gegründet werden, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehe und weder die opportunistische Politik des Dajonski und seines Halbbrüders Pilsudski, noch die lebensfremde Politik Roslans treibe.

Die erste Konferenz, die vom Genossen Dr. Drobner, langjährigem Mitglied der P. P. S., einberufen war, beschloß zunächst eine Zeitschrift „Dobro jutro socjalistom“ (Die Stimme der unabhängigen Sozialdemokraten) herauszugeben. Gleich die erste Nummer wurde konfiszieren. Kurz Zeit nachher wurde ein Mitarbeiter, Genosse Jasiewicz, verhaftet. Es begann ein Kreuzzug, bei dem die P. P. S. der Polizei und der Defensivisten (eine Art „Czarna“) tzig geschloffen hat, indem sie alle „Unabhängigen“ als

# Die Lichterfelde Revolte vor dem Landtag

Im preussischen Landtag begann gestern die Debatte über die Revolte in der staatlichen Bildungsanstalt Lichterfelde. Der Vorgang, der zur Entlassung einer ganzen Anzahl Schüler geführt hat, hat in der Öffentlichkeit viel Staub aufgewirbelt. Die rechtsstehenden Blätter nahmen die Schüler, die in fiesiger Weise gegen die Anstaltsleitung vorgegangen waren, in Schutz und eröffneten einen leidenschaftlichen Kampf gegen den Kultusminister Dr. Voelky, obwohl dieser bisher ihr Mann war und es auch heute noch im Herzen ist.

Es lagen zwei große Anfragen vor: eine deutschnationale und eine Anfrage der unabhängigen Fraktion. Die Anfrage der Unabhängigen wurde durch den Genossen Kleinspehn begründet, der weit über den Lichterfelde Fall hinausgriff und das ganze heutige Erziehungsproblem grundsätzlich behandelte. Während der Rede kam es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen mit der Rechten des Hauses. Der heftigste Widerspruch wurde auf jener Seite ausgelöst, als Kleinspehn den militärischen Ungeist, der in den Schulen gehegt und gepflegt wird, für die nationalistischen Ausschreitungen jeder Art verantwortlich machte. Dieser Ungeist, der von den Nationalisten fälschlicherweise als deutscher Geist bezeichnet wird, soll nach dem Wunsch der monarchistischen Kreise auch weiterhin seinen bestimmenden Einfluß ausüben. Darin stimmt auch die Deutsche Volkspartei mit den Deutschnationalen voll überein.

Der Kultusminister Dr. Voelky, der auf die Fragen antwortete, betonte zwar mit großem Nachdruck, daß die Maßnahmen in der Erziehungsanstalt Lichterfelde notwendig gewesen seien, und daß er auch nicht daran denke, sie in irgend einer Weise rückgängig zu machen. Er fand sogar einige recht scharfe Worte gegen die Presse, die der Deutschnationalen, die von der rechten Seite des Hauses sehr peinlich empfunden wurden. Im ganzen war der Lichterfelde Vorfall für ihn durchaus kein Symptom, sondern ein Einzelfall, den er nur nach pädagogischen Gesichtspunkten behandeln will.

An dem ganzen System der Erziehung, das notwendigerweise nicht nur zu Ausschreitungen gegen das Lehrpersonal, sondern zu noch größeren Ausschreitungen gegen die Republik führen muß, will auch Herr Voelky nichts ändern. Kleine Reformchen bedeuten nichts. Besten Endes ist eben auch die Erziehungsanstalt eine ausgeprobenere Nachfrage. Sie wird erst im Sinne der Republik gestaltet werden können, wenn die Schöpfer der Republik, die Arbeiter, die Machtverhältnisse so umgestaltet haben, daß sie den ausschlaggebenden Einfluß ausüben vermögen. Wir geben nachstehend den Sitzungsbericht wieder:

### Abg. Kleinspehn (U.S.P.):

Die republikanischen Kreise sind ebenso wie die sozialistischen davon überzeugt, daß die Reaktion im Schulwesen freie Bahn bekommen hat. Die Vorgänge in Lichterfelde sind nur ein Zeichen dafür, daß die Reaktion, in ihrer Macht gekräftigt, immer dreister auftreten kann. Auch die Nichtbeteiligung des größten Teils der von den Selbstverwaltungskörpern Berlins gewählten Schulleiter beweist deutlich, daß sich die Reaktion im Schulwesen immer ungehindert ausbreiten kann. Der Lichterfelde Vorfall war jedenfalls nur ein Symptom. Die unerhörten Beschimpfungen, die von den Schülern gegen die Anstaltsdirektoren, Frau Sorge, gerichtet wurden, mögen ja der Ritterlichkeit und der Vornehmheit der Kadetten entsprechen und mit der Tradition dieser Anstalt, die gehegt und gepflegt werden soll, im Einklang stehen. Es sprach aus ihnen die in den militärischen Kreisen gehegte und gepflegte Brutalität gegenüber Andersdenkenden und der Deutschnationalen Partei, als ungehört kreuzte die Rechten der deutschen Seite, daß sich zum Beschützer dieser jungen Bengel aufgeworfen, sich zum Lobredner dieser Brutaltäten gemacht. Gewiß handelt es sich bei den Lichterfelde Schülern um junge Leute, die noch nicht die volle Reife haben. Aber während des Krieges konnten Herren von gleichem Alter den Deutschen spielen; Familienväter wurden ihnen wehrlos ausgeliefert, und die nationalistiche Presse konnte damals gar nicht genug Aufhebens von der stilligen Reife gerade dieser jungen Leute machen. Wir wünschen uns auch nicht, die jetzt entlassenen Schüler werden sicher sehr bald wieder auf anderen Lehranstalten untergebracht werden. Man wird ihnen sogar „als Märtyrer des nationalen Gedankens“ allerlei Erleichterungen verschaffen und eines Tages werden sie, mindestens der Gesinnung nach, als „königliche Beamte“ aufstehen und sich ihre Bestimmung sehr gut von der Republik bezahlen lassen. (Sehr richtig bei den U.S.)

Der Herr Minister hat in einer Pressenotiz erklärt, daß die Vorfälle vom 10. Februar, die zu der Entlassung geführt haben, nur das letzte Glied einer langen Kette ähnlicher Repressionen gewesen sind. Ich frage den Minister: Warum ist nicht schon früher eingegriffen worden, warum wurde nicht mit harter Hand durchgegriffen als gerade an dieser Anstalt offen gegen die Republik demonstriert wurde? Der Waffenhauer „Heil dir im Siegerkranz“, der gerade in

Lichterfelde mit Vorliebe gesungen wurde, hat mit vaterländischer Gesinnung nichts zu tun. Geradezu schimpflich für die Republik aber ist die Art und Weise, wie der ausgereifene Hohenzoller immer noch in den Schulen verherrlicht wird. Auch die Geburtstagsfeiern und die Reichsgeburtstagsfeiern sind nichts weiter als offene Demonstrationen gegen die Republik. Da der Minister zu beratigen Feiern geradezu angeregt hat, ist er auch verantwortlich für die nationalistiche Ausschreitungen in den Bildungsanstalten, und die Repressionen in Lichterfelde waren nur der Gipfel in der antirepublikanischen Einstellung unserer Schulen, besonders der staatlichen. Wer nicht imhinde ist die Wahrheit zu bekennen, daß das alte Hohenzollernreich eine Organisation der Gewalt nach innen und außen war, und daß demgegenüber die Republik eine Organisation des Friedens und des Rechtes sein soll, der hat jedes Recht auf Beeinflussung der heutigen Jugend verwirkt. Eine ganze Anzahl früherer Offiziere erteilt in der Lichterfelde Kadettenanstalt Geschichtsunterricht; was diese Herren lehren, kann ihrer ganzen Einstellung nach keine Geschichte, sondern nur eine Geschichtsfälschung sein. Das Mindeste, was wir verlangen ist, daß an den Schulen und insbesondere an den staatlichen Bildungsanstalten die Erziehung im Geiste der Völkerverständigung erfolgt. Es muß Schluß gemacht werden mit der Erziehung der Jugend zur militärischen Großmachtsucht. Die Republik braucht keine militärischen Dramastücke, sondern selbstbewusste, der Gemeinschaft dienende Persönlichkeiten. Dazu sollen uns die staatlichen Bildungsanstalten helfen. Sie müssen zu Keimzellen für das Neuere und Bessere gemacht werden. Die Republik hat die Pflicht, aus den staatlichen Erziehungsanstalten endlich Stätten zur Erziehung freier Deutscher im sozialen Gemeinheitsgeist zu machen, die bereit sind, sich tätig in Reich und Glied zu stellen, im Menschheitsstreben und in der Verwirklichung freier menschlicher Kultur. Hier ist Arbeit für den Minister, die Jugend aus dem Blutraum der nationalistiche Nordsee zu befreien, tätig zu sein im Sinne der Menschlichkeit und der Völkerverständigung. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dehe: Die Jugend in Lichterfelde ist ungerecht behandelt worden. Die jungen Leute haben ein Recht, daß ihre Beweggründe mit pädagogischem Verständnis gewürdigt werden. In diesen Jahren der Pubertät bezieht bei Jugendlichen eine starke Abneigung gegen jede weibliche Bevormundung. Ueberrascht ist die Hausdame, Frau Sorge, eine kalte Natur. Abg. Dehe polemisiert sodann äußerst heftig gegen den Genossen Kleinspehn, wobei es zu Sturmruufen kommt und der Abg. Meier-Berlin (U.S.P.) einen Ordnungsruf erteilt.

Kultusminister Dr. Voelky: Die Vorgänge in Lichterfelde sind nur ein Glied in einer fortlaufenden Kette gleicher Begebenheiten. Die Leitung der Anstalt hat leider zu den einzelnen Vorgängen nicht genügend durchgegriffen. In Lichterfelde ist Anstaltspolitik schlimmster Art getrieben worden. Der Minister verliest ein Schreiben des Schülerrats an das Ministerium, in dem die Schüler Klage führen über das schlechte Essen, das den „alten Mut“ der Anstalt gefährde und in dem die Schreiber Zwischenfälle androhen, die dem Ministerium unangenehm werden könnten. Hierbei kommt es zu einer Beifallsdemonstration der Rechten, die heftige Proteste der Linken hervorruft. Der Minister gibt darauf ein Bild der Vorgänge in der Anstalt. Wenn jetzt nicht durchgegriffen, sondern ein Kompromiß geschlossen wird, nehmen die Zustände überhand. Die Solidaritätserklärung der übrigen Schüler der Anstalt ist ein Kampfmittel, um die Schuldigen der gerechten Strafe zu entziehen. Es muß jedoch konstatiert werden, daß nicht alle Schüler diese Treibereien billigen. Es haben auch Demonstrationen gegen rechtsgerichtete Lehrer stattgefunden. Leider hat die Presse es an Aufhebung der Schüler nicht fehlen lassen. Wir können in Lichterfelde nur tüchtige Lehrer gebrauchen, die Verständnis für die Lage haben. Deshalb war der Wechsel in der Leitung notwendig. Alles, was geschehen ist, geschah, um Lichterfelde als große Unterrichts- und Lehranstalt zu erhalten.

Abg. Frau Weisfelder (S.P.) wendet sich scharf gegen den alten Kadettengeist, der die Lichterfelde Anstalt besetzt und nimmt scharf gegen den Kurs des Kultusministeriums Stellung.

Abg. Hilbermann (Str.): Es wäre verkehrt, die 30 von der Anstalt verwiesenen Schüler zu Märtyrern zu machen. Alle Bestrebungen, die Politik von den Schulen und Bildungsanstalten zu verbannen, wird das Zentrum unterstützen.

Abg. v. Vindeker-Wildau (Dn.) wiederholt im großen und ganzen die Ausführungen seines Parteifreundes Dehe. Ministerialrat Jahnke beipflichtet nochmals die Vorgänge in Lichterfelde und beweist, daß die Auffassung der Deutschnationalen falsch ist.

Abg. Buchhorn (D.V.), ein Parteifreund des Ministers, sucht diesen zu untergraben, ist es aber in der Weise, wie der Bär, der seinem Wärtler Anliegen verschweigen will und diesem dabei den Schädel einschlägt. Er bekannte sich zur Monarchie, zum Militarismus und zum Krieg.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Dienstag 12 Uhr mittags: Weiterberatung.

Kommunisten blockierten wollte, auf die Führer der jungen Bewegung eines Tages als Millionäre, des anderen als russische Soldaten“ hinwies. Binnen zwei Monaten sind 5 Nummern der „Stimme“ erschienen, in denen der Standpunkt der „Unabhängigen“ klar fixiert wurde. Von allen Seiten kamen Briefe und Glückwünsche, es bildeten sich immer neue Gruppen der Anhänger, und der Kampf gegen die Defensivisten, gegen unerhörte Bedrückungen der Reaktion, gegen drakonische Urteile (z. B. für Kaspargate kommunistischer Blätter 9-Jahre Zuchthaus), machte die eifrigste Organisierung der einzelnen Bezirke notwendig.

Und so kam es zur 2. Konferenz am 12. März, zu welcher u. a. Gen. Ledebour von der U.S.P., Gen. Frh. Adler von der J.S.P. kommen sollten. Leider waren beide durch Krankheit verhindert. An der Konferenz nahmen 40 Delegierte teil aus Posen, Bielsk, Sods, Rattowit, Semberg usw.

Das Hauptreferat über Programm und Taktik hielt der Gen. Dr. Dyabnez. In seiner zweistündigen Rede beleuchtete er die politische Situation in Polen, die Trümmer der P. P. S., die die Interessen der polnischen Arbeiterschaft verraten hat, die krankhafte Taktik der Kommunisten, und es war höchst erfreulich, nach dem Referat vollständige Einigung festzustellen, obwohl an der Konferenz einerseits kommunistische wie andererseits P. P. S. Elemente teilnahmen. Die beiden folgenden Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

1. Die 2. Konferenz der Unabhängigen Sozialdemokraten

beschließt die sofortige Bildung einer „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Polens“ (P. P. S.) und beschließt den Beitritt der P.P.S. zur Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien.

Die spanische Inquisition. Infolge der Wiedereingebung der verfassungsmäßigen Garantie ist in Spanien eine große Anzahl von politischen Gefangenen und Gewerkschaftlern aus den Gefängnissen entlassen worden, besonders in Barcelona.

## Aus der Partei

### Ein Ausschlußverfahren.

Wie der „Unabhängige Zeitungsdienst“ meldet, ist gegen den bisherigen Redakteur der „Freiheit“ Genossen Leo Diebschütz, von der Zentralkommission der Partei beim Bezirksverband Berlin-Brandenburg die Einleitung eines Ausschlußverfahrens beantragt. Genosse Diebschütz soll sich, während er noch Redakteur der „Freiheit“ war, bemüht haben, in die Redaktion der rechtssozialistischen Frankfurter „Volkstimme“ einzutreten. Wie Genosse Diebschütz hierzu erklärte, lag weder eine formelle oder tatsächliche, schriftliche oder mündliche Bewerbung um eine Stellung in der Frankfurter „Volkstimme“ vor. Diebschütz hatte lediglich in einem Gespräch mit einem ihm seit langer Zeit befreundeten rechtssozialistischen Abgeordneten die Möglichkeit offen gelassen, nach einem eventuellen Austritt aus der Partei eine Stellung in einem rechtssozialistischen Blatte anzunehmen.

Als die Redaktion der „Freiheit“ von diesem Vorgang Kenntnis erhielt, erklärte sie sofort, daß eine weitere Tätigkeit des Genossen Diebschütz in der „Freiheit“ sich von selbst verbiete. Genosse Diebschütz trat deshalb unmittelbar danach aus der Redaktion aus.



Mißstände im Mietwohnungswesen

Die Mieter-Interessengemeinschaft aller Siedlungsbauten der Stadtgemeinde Groß-Berlin, E. V., sendet uns die nachstehende Darstellung:

In den Jahren 1919 bis 1921 sind unter Mithilfe des Staates, der Stadtgemeinde Berlin und den Vorortgemeinden vom ehemaligen Wohnungsverband verschiedene Mietwohnungsbauten entstanden. Wenn wir all die Notrufe der uns angegliederten Mietervereinigungen beknüppeln sollten, so könnten wir tagelang darüber berichten, denn speziell der letzte Winter hat das Wohnen in diesen leichten Bauweisen für die Familien fast unendlich gemacht. So teilt uns der Mieterbund Swakopmunder Straße, Müllerstr. mit, da die Bewohner ihre Wohnungen nur einigermaßen warm halten konnten, solange der kleine eiserne Feldofen rot glühte. Wer konnte aber von den Mitgliedern von morgens bis abends heizen? Wer sollte die enormen Heizungskosten tragen? Kleine Kachelöfen, die den Brand der Kohle mehr ausnützen, wären hier der beste Ausweg. Leider sind sie nur bei den Siedlungsbauweisen (2 Familien) eingebaut. Gewiß hat auch den Mietern der seltenen Dreizehnwohnungen dieser Winter große Kosten für Kohlen und Brennmaterialien bereitet, aber die Mütter halten sich doch hier, wenn sie einmal durchgeheizt sind, länger warm als bei uns. Der Fehler an unseren Wohnungen ist im Bau begründet. Die leichten doppelten Holzwände sollen durch Zerkleinerungen gegen Witterungseinflüsse geschützt sein. Versuchsversuche und Versuche haben ergeben, daß, wo diese Zerkleinerung überhand nimmt, dieselbe nur hineingeschüttet und nicht gestampft ist. Sie hat sich nun im Laufe der Zeit so nach unten gelockt, daß die Wände im oberen Teil heute schon jede Hohlraumluft enthalten und die Zimmer den selben Temperaturstand aufweisen, den wir im Freien zu verzeichnen haben. Ein dauernder feiner Zug macht das Wohnen in diesen Wohnungen, wenn auch nicht unmöglich, gefährlich für die Gesundheit.

Wenn nun die Sonne wärmependend in die Wohnungen eindringt, entstehen neue Gefahren und Leiden, denn bei der Art dieser Wohnungen ist die Ungezieferspionage von Jahr zu Jahr schlimmer geworden. Abgesehen von den vielen Unannehmlichkeiten und Kosten, die die Verbilligung mit sich bringt, ist das Ungeziefer der Träger von Krankheiten und Seuchen. Dabei sind in vielen Kolonien nicht einmal Aborte mit Wasserpflanzung vorhanden.

Die Stadtgemeinde Groß-Berlin hat mit den Paraden- und Siedlungskolonien ein offenbar unwillkommene Erbe angetreten. Gelegentlich einer Reparatur-Verhandlung mit der Paradenkolonie Swakopmunder Straße hat wenigstens das Bezirksamt Wedding dem Vorstand unserer Vereinigung die Kolonie schenken wollen. Auch das Bezirksamt Prenzlauer Berg hat der Mieter-Vereinigung der Siedlung am Hallescher Platz Gelegenheit einer Mietpreissteigerung die Frage vorgelegt, wie sich die Vereinigung verhält zu einer Uebernahme in eigene Regie. Die Kolonien sollen sich selbst erhalten, da Zuschüsse von Seiten der Stadtgemeinde nicht getragen werden können.

Wir verkennen nicht, daß unsere Wohnungen in dem heutigen Zustand ein Schmerzenskind für unsere Bezirksämter geworden sind, und daß enorme Summen angewandt werden müßten, um die Wohnungen nicht der Bau-fälligkeit preiszugeben. Es ist aber unseres Erachtens von eminenter Wichtigkeit für die Wohnungsfrage, ob man die circa 1200 Wohnungen der Allgemeinheit erhält oder ob man dieselben lediglich wegen der Kostenfrage eingehen läßt. Die Summen, die aus Mitteln der Steuerzahler aufgebracht sind, um die Errichtung dieser Wohnungen durchzuführen, sind uns nicht genau bekannt, da uns dieses Zahlenmaterial aus uns nicht ganz verständlichen Gründen vorenthalten wird. Wir wissen aber, daß der Aufwand ein ganz enormer gewesen ist. (Der Bau eines Zweifamilien-Hausbaues hat circa 45000 M. verschlungen.) Dazu kommt, daß infolge der unvermeidlichen und verschuldeten Fehler der Erbauer die Erhaltungskosten keine geringen sind. Es dürfte im Interesse der breiten Öffentlichkeit liegen, zu erwägen, wie den Mietern dieser Wohnungen geholfen werden kann, ohne daß man ihnen die ganzen Lasten der Wohnungs-

unterhaltung auferlegt. Die Bezirksämter haben teilweise versucht, die Mieten durch Rindungen gewaltsam herabzusetzen. Wir halten diesen Weg nicht für den richtigen. Die Mieter versuchen seit Jahr und Tag, ihre Wohnungen menschenwürdig und gesund zu gestalten. Reparaturverhandlungen mit dem jeweiligen Hauswirt (Wohnungsverband, Wohnungsinspektion und Bezirksamt) sind mehr oder weniger im Sande verlaufen, und es ist daher begreiflich, daß auch wir unsere Mitglieder nicht zu Rehrzahlungen veranlassen können.

Nun beabsichtigt die Stadtgemeinde Groß-Berlin resp. der Ausschuss für Siedlungen und Kleingärten, unsere Mietwohnungen zu verkaufen. Auf welcher Grundlage wohl?

Wir interessieren uns sehr stark für die Wege, die diese sonderbare Wohnungspolitik einschlägt und bitten alle direkt und indirekt daran beteiligten Organisationen, Flüchtlings-Kriegsbeschädigten-Vereine, zu diesem Aufgeben von circa 1200 Wohnungen öffentlich Stellung zu nehmen, wie wir die Stadtgemeinde selbst fragen: „Wohin geht der Kurs?“

Auf die im Vorstehenden aufgeworfenen Fragen hat der Magistrat eine Antwort erteilt, mit der die Mieter der Mietwohnungen, wie der eingangs genannte Verein uns schreibt, sich nicht zurückziehen können. Der knappe Raum verbietet uns, die sehr ins einzelne gehenden Ausführungen der streitenden Parteien wiederzugeben. Wir hoffen aber, daß die Angelegenheit durch zweckmäßige ge-führte Verhandlungen einer Lösung zugeführt wird, die den Wünschen der Mieter, soweit dieselben berechtigt sind, aber auch dem Interesse der Stadtgemeinde gerecht wird.

Zum Reichsmietengesetz

Von allen Gesetzen, die in den letzten Jahren beschlossen worden sind, beansprucht das spätestens am 1. Juli 1922 in Kraft tretende „Reichsmietengesetz“ das größte Interesse. Mehr als 1/2 aller Familien sind in Deutschland Mieter und deshalb unmittelbar an den Änderungen interessiert, die durch das Reichsmietengesetz an der Festsetzung des Miet-sinnes vorgenommen werden können. Die im Verlag der „Freiheit“ soeben erschienene Schrift „Das Reichsmietengesetz“, eine systematische Darstellung nebst Kommentar von Rechtsanwalt Dr. Kurt Voehlein und Dr. Paul Herz, R. d. R., wird den Mietern dabei ein unentbehrlicher Ratgeber sein. Die Schrift enthält neben einer über-sichtlichen Darstellung der durch das Reichsmietengesetz ein-tretenden Änderungen der bisherigen Gesetzgebung den Wortlaut des Reichsmietengesetzes mit aus-führlichen Erläuterungen.

Die Darstellung ist denkbar einfach, damit jeder Mieter sich ohne fremde Hilfe die Kenntnis der gesetzlichen Bestim-mungen verschaffen kann, deren er bei den Verhandlungen mit dem Hausbesitzer über die Höhe seiner Miete und in sonstigen Streitfragen gebraucht.

Auch für alle Mieterräte ist die Schrift unentbehrlich. Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis und Stichwortregister erleichtert die schnelle Unterrichtung.

Teuerung ohne Ende

Neue Preise für Brot.

Die Deputation für das Ernährungs-wesen beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, dem Magistrat vorzuschlagen, vom 16. April ab den Preis des 2000-Gramm-Brottes auf 15,20 M. festzusetzen. Als Hauptposten der Verteuerung kommen in Frage: Die Kohlenpreiserhöhung (30 Pfg.); die Erhöhung des Weizenpreises (50 Pfg.), die zum Teil auf eine Erhöhung der Vermahlungskosten infolge Steigerung der Wägen und Gefäße mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar ab zum Teil auf eine 20pro. Erhöhung der Weizenmehlanteile und schließlich auf Erhöhungen der Fuhrkosten und anderer Zwischenspannen zurückzuführen ist; die Erhöhung der Aus-gaben des Bäckers für das Personal infolge Abschusses eines

neuen Lohnstarifes etc. (35 Pfg.). Der Rest der Brotpreis-erhöhung entfällt auf Preissteigerungen fast sämtlicher übrigen Elemente der Brotfertigungskosten. Der Preis der Kommunalschrippe soll unter Zugrundelegung einer ent-sprechenden Rechnung von 45 Pfg. auf 55 Pfg. erhöht werden.

Aus den Bezirken

Jetzt hat auch der 17. Verwaltungsbezirk Nichten-berg seinen Zweiten Bürgermeister, Dreimalige, zum Teil sehr erregte Wahlakte anagen voraus, bis nun durch die am letzten Mittwoch erfolgte Einführung des endlich betätigten Genossen Franz Stimmma die Sache ihren Abschluß gefunden hat. Eine rege Aussprache führte die Leab-sichtige Schlichtung der Volkskassen herbei. Es soll versucht werden, den noleidenden Invaliden und Sozialrentnern diese Einrichtung zu erhalten. Genosse Thurm begründete folgenden Antrag: „Nach den in der Bürgererschaft kursierenden Gerüchten sollen sich in der Verwaltung der städtischen Werke erhebliche Fehler und Mängel herausgestellt und in den städtischen Werken selbst die Diebstähle in erschreckendem Maße ausgenommen haben. Wir beantragen deshalb: Die Bezirksversammlung wolle beschließen: Eine eingehende Untersuchung durch eine Kommission von 5 Mitgliedern ist vorzunehmen.“ Es handelt sich um Diebstahlungen von Zement, Karbid, um unläutere Manipulationen bei Submissionen, Verkauf von Mauersteinen. Es seien ganze Autobereifungen und sogar eine Richtmaschine gestohlen usw. Wegen Ar-beiter, die man bei Kleinigkeiten erwische, achte man mit ganzer Strenge (sofortiger Entlassung und Anzeige) vor. Bei den großen Diebstählen, an denen anscheinend höhere Kreise beteiligt sind, sei nicht einmal Anzeige gemacht worden; wenn die Polizei nicht gelegentlich einer Hausdurchsuchung in einer anderen Sache städtisches Eigentum gefunden hätte, wäre heute noch nichts von den Diebstählen bekannt. Direktor Tremsch wünscht die Untersuchung, es würde leider sehr viel gekostet; er betont ausdrücklich, daß die Arbeiterschaft ihn in seinem Bestreben, Diebstähle zu verhindern, tatkräftig unterstütze. Volkmann (bürgerlich) rätet bestine An-träge gegen den Bürgermeister John, der erwidert, daß von ihm sofort alle zur Aufklärung notwendigen Maßnahmen getroffen worden seien. Nachdem sich noch 12 Redner mehr oder weniger entrüstet haben, wird die Kommission, der von uns der Genosse Rasche angehört, einstimmig gewählt.

Protestkundgebungen der Invaliden und Alten Groß-Berlins

In 5 großen öffentlichen Versammlungen waren am Sonntag durch den Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands die Groß-Berliner Invaliden und Alten inammengerrufen, um Protest gegen ihr namen-loses Elend, gegen die ungeheure Verteuerung und die unzulänglichen Hilfsmagnahmen, zu erheben.

Auf Krücken, mit verhärmten von Not und Sorgen durch-furchten Gesichtern, schlecht und dürftig gekleidet, waren die Arbeitsvetanen und alten Witwen erschienen, um an Ge-wissen und Menschlichkeit zu appellieren. Es referierten Gubbe, Sabbath, Karsten, Lüneburg, Kohde, Heermann und Schneider.

Es wurde ausgeführt, daß die Invaliden, Alten und Schwachen mehrlos sind und keine Möglichkeit besitzen, aus eigener Kraft die allernotwendigsten Mittel für den Lebens-erhalt zu beschaffen. Aus dem Arbeitsmarkt zum aller-größten Teil ausgeschlossen, stehen ihnen nur die niedrigen Renten und Armenunterstützungen zur Verfügung. Die Rente eines Invalidenrentners beträgt jetzt 8 M. pro Tag, sie kann unter „besonderen Umständen“ auf 12 M. nach dem letzten Beschluß des Reichstages erhöht werden. Dies ist noch nicht der Stundenlohn eines tarif-mäßig bezahlten Arbeiters, und die Invaliden und Alten sollen diesen ganzen Tag damit auskommen. Die durch-schnittlich geleisteten Armenunterstützungen in Berlin betragen nur 70 M. monatlich, es müssen alle Hebel in Be-wegung gesetzt werden, um hier eine Aenderung und durch-greifende Hilfsmagnahmen zu erreichen. Das System der Armenpflege mit Armenpflegern, Armenvorstehern und

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Einzige autorisierte Uebersetzung von August Sasaia, Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin.

(39. Fortsetzung.)

„Dummes Kerlchen,“ sagt die Großmutter und blin-zelt nach der Sonne — „wie willst du denn noch hin-kommen? Wirst hinpurgeln und einschlafen, und dann kommen sie und nehmen dir alles weg, auch die Harmonika, deine liebste Freundin...“

Ich erzähle ihr von meinem Leben auf dem Dampfer und lasse dabei den Blick in die Runde schweifen. Nach all dem Schönen, das ich geschaut, erscheint mir die Gegend um mich her recht traurig, ich komme mir vor wie der Dackel auf der Planne. Die Großmutter hört mir schwelgend und mit Aufmerksamkeit zu, so wie auch ich ihr zuzuhören pflege. Als ich ihr von Smury erzählte, sagte sie, sich herzlich und aufrichtig befreu-zend:

„Was für ein guter Mensch — sieh ihm gnädig bei, o Muttergottes! Und du, mein Junge, vergiß ihn nicht! Behalt' alles Gute, das man dir antut, im Ge-dächtnis, und das Böse — das vergiß...“

Es wurde mir schwer, ihr zu erzählen, weshalb man mich von dem Dampfer fortgeschickt hatte, aber schließ-lich sagte ich mir doch ein Herz und sagte es ihr. Es machte auf sie gar keinen besonderen Eindruck, in gleich-gültigem Tone bemerkte sie nur:

„Ja, ja, du bist noch recht jung, verstehst noch nicht zu leben...“

„So sprechen sie alle,“ erwiderte ich — „die Bauern, die Matrosen, Tante Matryona, wenn sie mit ihrem Sohne spricht, versteht nicht zu leben. Was ist denn daran groß zu verstehen?“

Sie zog die Lippen ein und schüttelte den Kopf.

„Ich weiß es nicht, offen gesagt...“

„Und doch spricht auch du so wie sie...“

„Warum sollt' ich nicht?“ entgegnete sie in aller Ruhe. „Reg dich darum nicht auf, du bist noch klein und kannst es einfach nicht verstehen. Und schließlich, wer versteht's denn, zu leben? Einzig die Gauner und Spitzhüben. Der Großvater, siehst du — der ist doch gewiß nicht dumm und hat auch was gelernt, aber zu leben hat er auch nicht verstanden...“

„Und du — hast du es verstanden? Hast du gut ge-lernt?“

„Ja? Ja und nein — bald gut, bald schlecht, wie's gerade kam...“

Wir näherten uns wieder der Hütte, in der die Großeltern hausten. Spaziergänger kamen an uns vorüber, gemächlich, den langen Abend Schatten hinter sich herschleppend und mit den Füßen graue Staub-wolken aufwirbelnd. Schwermütige, drückende Abend-stimmung lag über dem Häuschen, aus dessen Fenstern die mürrische Stimme des Großvaters erklang:

„O Herr, suche mich nicht heim mit deinem Grimme, strafe mich nicht in deinem Zorn!“

„Abend für Abend wimmert er so,“ sagte die Groß-mutter lächelnd. „Nur dem Herrgott doch wirklich über werden! Er ist schon alt, hat nichts nötig — und doch winselt und klagt er in einem fort. Tachen muß der liebe Gott, wenn er ihn so Abend für Abend hört: „Aha, da hat Wassili Kaschirin wieder sein Klage-lied angestimmt!... Na, komm, wir wollen uns schlafen legen...“

Ich beschloß, mich auf den Vogelzug zu legen, der mir als ein lohnender Broterwerb erschien: ich würde die Vögel fangen, und die Großmutter sollte sie selbsteten. Ich kaufte mir ein Vogelnest, ein Reifen-netz und Vogelfallen, baute eine Anzahl Käfige und sah nun Tag für Tag ums Morgengrauen irgendwo in einer Schlucht, im Gebüsch versteckt, während die Groß-mutter mit Korb und Beutel den Wald durchweilte und die letzten Pilze, Beeren und Rüsse einsammelte.

Eben ist die müde Septembersonne am Himmel emporgestiegen, ihre bleichen Strahlen verflüchten im Gewölk oder fallen als silberner Fräher zu mir in die Schlucht, von deren schattigem Grunde weißliche Nebel-schwaden aufsteigen. Die eine Wand der Schlucht, fahl und lehmig, steigt dunkel und steil empor, während die andere, mehr schräge, mit dürftigem Graswuchs und dichten, gelb, braun und rot belaubtem Buschwerk be-wachsen ist. Ein frischer Windhauch reißt das Laub herunter und jagt es in Wirbeln durch die Schlucht.

Unten auf dem Grunde, in den Disteln, zwitschern und schreien die Stieglitze, ich sehe die roten Rappen auf den leeren Vogelkörbchen durch das zottige, graue Steppengras schimmern. Rings um mich wispeln die neuartigen Meisen, blasen pöfferlich die weißen Bäl-

chen auf und sitzen geräuschvoll hin und her wie die jungen Vorstadtfrauen am Feiertag; flink, schlau und bissig, wie sie sind, wollen sie alles wissen, alles be-rühren und geraten in die Falle, ehe sie sich's versehen. Sie tun mir herzlich leid, wenn sie so verzweifelt mit den Flügelchen schlagen, aber ich bin ein Geschäftsmann und treibe mein Gewerbe mit Ernst. Ich sehe sie in die kleinen Käfige, die ich mitgebracht habe, und stecke diese in den Sack — da brinnen im Dunkeln sitzen sie dann still.

Dort auf dem Weißdornbusch hat sich ein Schwarm von Zeisigen niedergelassen. Sonnenschein fällt auf den Busch, und die Zeisige, die die Sonne lieben, zwitschern hell und fröhlich und gebärden sich wie eine Schar von munteren Schuljungen. Ein Reuntier, der den Abflug in wärmere Länder verpaßt hat, wiegt sich auf einem biegsamen Pappelzweig — der ge-fräßige, wohlgenährte Vogel puzt mit dem Schnabel sein Gefieder und blüht mit den schwarzen Augen scharf nach Heute aus. Wie eine Lerche flattert er plötzlich auf, fängt eine Hummel, piekst sie vorföchtig auf einen Dorn und sitzt, den grauen Spitzbuckel nach allen Seiten wendend, wieder lauernd da. Geräuschlos steigt ein Kernbeißer über mich hinweg — längst schon träume ich davon, solch einen listigen Burtschen zu fan-gen. Ein Gimpel hat sich vom Schwarm der Genossen ver-lagen — er sitzt auf einer Erle, hübsch bunt und vornehm wie ein General, bewegt den schwarzen Schnabel und läßt ein ärgerliches Knarren hören.

Je höher die Sonne am Himmel emporsteigt, desto mehr Vögel fliegen herbei, desto munterer erklingt ihr Gezwickel. Die ganze Schlucht ist von Musik erfüllt, ihren Grundton bildet das leise Rauschen des Windes in den Büschen, dieses sanfte, melancholisch löstliche Gesäusel, das die lärmenden Vogelstimmen nicht zu überschreien vermögen. Ich höre aus diesem Säusel das Abschiedslied des Sommers heraus, es flüstert mir seltsame Worte ins Ohr, die sich von selbst zum Liebes formen, während zugleich ganz unwillkürlich Bilder der Erinnerung in der Seele aufsteigen.

Jegendwoher aus der Höhe ertönt die Stimme der Großmutter:

„Wo bist du?“

(Fortsetzung folgt.)

